

Ladinische Gemeinde muss italienischen Ortsnamen tragen

Ein erhellendes Urteil des italienischen Verfassungsgerichtshofes

Ein vom Geist einer wenig rühmenswerten Vergangenheit geprägtes Urteil des italienischen Verfassungsgerichtshofes vom 25. September 2018 sorgt für berechtigte Aufregung in Südtirol, obwohl es zunächst formal vor allem Welschtirol – das heutige „Trentino“ – betrifft. Seine rechtlichen Auswirkungen auf Südtirol sind jedoch nicht zu übersehen.

Im ladinischen Fassatal hatten sich die Gemeinden Pozza und Vigo zu einer Großgemeinde zusammengeschlossen, welcher man den ladinischen Namen „**Sen Jan**“ gab, welcher für den Heiligen Johannes steht. Ergänzt hatte man den ladinischen Heiligennamen durch das italienische „*di Fassa*“ – auf Deutsch: „*im Fassatal*“.

Der ladinisch-italienische Mischname „**Sen Jan di Fassa**“ wurde durch ein Regionalratsgesetz festgeschrieben.

Dem aus 15 italienischen Richtern bestehenden Verfassungsgerichtshof in Rom war der Name zu wenig italienisch. Ungeachtet der Regionalautonomie für Trentino-Südtirol stellte der Gerichtshof fest, dass

„der Schutz der Minderheitssprachen nicht durch den Verzicht auf den Gebrauch der offiziellen Nationalsprache erfolgen kann.“

Der Verfassungsgerichtshof bezog sich hierbei auf die

Staatsverfassung und auf den Artikel 1 des Staatsgesetzes N. 482 vom 15. Dezember 1999, in welchem es heißt:

„Die offizielle Sprache der Republik ist Italienisch“.

Daher erklärte der italienische Verfassungsgerichtshof in seiner Sitzung vom 25. September 2018 die Bezeichnung „Sèn Jan di Fassa-Sèn Jan“ für illegitim. Der Ortsnamen müsse vielmehr zweisprachig heißen: „San Giovanni di Fassa-Sèn Jan“.

Heiligsprechung der erfundenen faschistischen Ortsnamen

Für Südtirol bedeutet dieses Urteil des italienischen Verfassungsgerichtshofes wiederum eine Heiligsprechung der erfundenen faschistischen Ortsnamen. In dem Urteil waren nämlich auch die deutschen Ortsnamen Südtirols kurz zur Sprache gekommen:

„Das Autonomiestatut beinhaltet zwar auch Bestimmungen zur Toponomastik – zutiefst beeinflusst von geschichtlichen Ereignissen in den ersten 50 Jahren des 20. Jahrhunderts –, aber dieses bringt keine Abweichung von der offiziellen italienischen Staatssprache mit sich. In verschiedenen Fällen können auch Namen auf Deutsch, Ladinisch, Zimbrisch oder Fersentalerisch zusätzlich verwendet werden“, hielten die Richter in ihrem Urteil fest.

Damit bekräftigte der Verfassungsgerichtshof auch in Bezug auf Südtirol wieder, dass die deutschen oder ladinischen Ortsnamen zwar verwendet werden dürften, ihnen aber kein offizieller Charakter und keine Rechtsgültigkeit zukommt. Offizielle Namen sind demnächst nur die erfundenen faschistischen Namen.

Damit bekräftigt der Verfassungsgerichtshof die faschistische Gesetzgebung von 1923 und 1940, mit welcher die von dem

faschistischen Senator Ettore Tolomei zum größten Teil frei erfundenen italienischen Ortsnamen für offiziell alleinigültig erklärt worden waren.

Regio decreto 29 marzo 1923, n. 800, che determina la lezione ufficiale dei nomi dei comuni e di altre località dei territori annessi.

VITTORIO EMANUELE III
per grazia di Dio e per volontà della Nazione
RE D'ITALIA

Il presente decreto entra in vigore il giorno della sua pubblicazione nella *Gazzetta ufficiale* del Regno.

Ordiniamo che il presente decreto, munito del sigillo dello Stato, sia inserito nella raccolta ufficiale delle leggi e dei decreti del Regno d'Italia, mandando a chiunque spetti di osservarlo e di farlo osservare.

Dato a Roma, addì 29 marzo 1923.

VITTORIO EMANUELE.

MUSSOLINI.

Visto, il guardasigilli: OVIGLIO

Mit dem auch von Mussolini unterschriebenen Königlichen Dekret vom 29. März 1923 waren die erfundenen Ortsnamen in Südtirol eingeführt worden.

Mit einem weiteren Dekret vom 10. Juli 1940 wurde den über 8.000 italienischen Orts- und Flurnamen ihre amtliche Bedeutung nochmals bestätigt.

DECRETO MINISTERIALE 10 luglio 1940-XVIII.

Riconoscimento del carattere ufficiale, per i territori della provincia di Bolzano e del mandamento di Egna in provincia di Trento, ai toponimi italiani contenuti nella terza edizione del « Prontuario dei nomi locali dell'Alto Adige ».

**IL DUCE DEL FASCISMO, CAPO DEL GOVERNO
MINISTRO PER L'INTERNO**

Decreta :

Agli effetti del R. decreto 29 marzo 1923, n. 800, ferme restando le denominazioni dei Comuni, delle loro frazioni e di altre località, comprese negli elenchi pubblicati col decreto medesimo o determinate con successivi provvedimenti, è riconosciuto carattere ufficiale, per i territori della provincia di Bolzano e del mandamento di Egna in provincia di Trento, ai toponimi italiani contenuti nella terza edizione del « Prontuario dei nomi locali dell'Alto Adige » pubblicata nell'anno 1935-XIII dalla Reale Società Geografica Italiana.

I Prefetti delle provincie di Bolzano e di Trento sono incaricati della esecuzione del presente decreto.

Roma, addì 10 luglio 1940-XVIII

p. Il Ministro : BUFFARINI

Dieses faschistische Dekret aus dem Jahre 1940 ist heute noch die einzige gesetzliche Grundlage für die unsägliche und zum Großteil lächerliche Ortsnamengesetzgebung in Südtirol.

GAZZETTA UFFICIALE

539	— Colle in Casies	Pichl.
540	— Dobbiaco.	
541	— Monguelfo	Welsberg.
542	— Monte San Candido	Innichberg.
543	— Prato alla Drava	Winnebach.
544	— Rasùn di sopra	Oberassen.
545	— Rasùn di sotto	Niederrassen.
546	— San Candido	Innichen
547	— San Martino in Casies.	
548	— Santa Maddalena in Casics.	
549	— Sesto.	
550	— Tesido	Taisten.
551	— Valdaora	Olang.
552	— Valle San Silvestro	Wahlen.
553	— Versciaco.	
554	— Villabassa	Niederdorf.



Bild Südtiroler Schützenbund

Widerspruch aus Südtirol

Das sehr unkonventionelle Internetportal „[Brennerbasisdemokratie](#)“ hat dazu am 23. November 2018 eine Abhandlung aus der Feder von **Simon Constantini** veröffentlicht, welche inhaltlich interessant ist:

„Mit gestern veröffentlichtem Urteil (Nr. 210/2018) hat das italienische Verfassungsgericht beschlossen, dass die Gemeinde Sèn Jan künftig auch eine italienische Ortsbezeichnung (San Giovanni) braucht. Der Entscheid geht auf eine Anfechtung der angeblich weltoffenen und autonomiefreundlichen Mittellinksregierung von Paolo Gentiloni (PD) Ende Dezember 2017 zurück“.

Hierbei habe sich der Verfassungsgerichtshof, so Simon Constantini, über die Argumente der Region Südtirol-Trentino hinweggesetzt.

Diese hatte auf die Situation im französisch-sprachigen **Aostatal** und **in Teilen des Piemont** verwiesen, wo einnamig französische bzw. frankoprovenzalische Ortsbezeichnungen existieren.

Die Region hatte auch auf das Unrecht der faschistischen Zwangsitilianisierung verwiesen. Des Weiteren hatte sie festgestellt, **dass sich die italienischsprachige Gemeinschaft vor Ort mit dem Namen Sèn Jan (di Fassa) voll identifiziert und dass die Ortsbezeichnung von der Stimmbevölkerung direktdemokratisch abgesegnet worden sei.**

Der seinerzeitige Präsident der italienischen verfassunggebenden Nationalversammlung, Umberto Terracini, habe in Bezug auf das Aosta-Tal erklärt gehabt: *„die Ortsnamen und die Eigennamen sind nicht Teil der anderen Sprache, sondern sie sind was sie sind“*. Daher, so Constantini: *„Mehrsprachigkeit ist nicht Mehrnamigkeit.“*

Auch darüber fährt das Gericht laut Constantini *„mit einer Argumentationsweise drüber, die fassungslos macht“*.

„So dürften die Vorherrschaft der italienischen Sprache – als alleinige Staatssprache und alleinige Sprache des Verfassungssystems (!!) – durch den Minderheitenschutz nicht infrage gestellt und die italienische Mehrheitsbevölkerung nicht benachteiligt werden. Dies gelte ausdrücklich auch für die Ortsnamengebung und dürfe niemals dazu führen, dass eine Minderheitensprache alternativ zur italienischen benutzt wird. Außerdem sei das Primat der italienischen Sprache – Achtung Brechreizgefahr – entscheidend für die fortwährende Weitergabe des historischen Erbes und der Identität der Republik, zudem Gewährleistung für den Fortbestand der italienischen Sprache an sich.

Was ist das für ein Verfassungssystem, das solche Urteile hervorbringt?

Was soll das für eine bemitleidenswerte Identität sein, die

sich von einer kleinen Minderheit wie der ladinischen und einem Ortsnamen gefährdet sieht?

Und was können wir uns von einem Staat erwarten, der gleichberechtigte Mehrsprachigkeit so fürchtet und daher vehement bekämpft?

Nachbemerkung vom 27. November 2018: Auch in Frankreich hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Zweisprachigkeit nicht Zweinamigkeit ist – weshalb ein öffentliches Büro in der Bretagne den Gemeinden ausdrücklich bretonische Einnamigkeit empfiehlt. Aber was selbst im jakobinischen Frankreich möglich ist, geht in Italien offenbar ganz und gar nicht.“

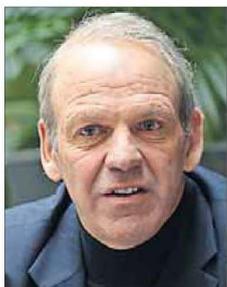
„Das Urteil ist ein Warnschuss für uns“

Unter diesem Titel veröffentlichte der ehemalige SVP-Parlamentsabgeordnete, Senator und Autonomiefachmann **Dr. Karl Zeller** am 26. November 2018 eine Warnung in der Tageszeitung „Dolomiten“.

„Das Urteil ist ein Warnschuss für uns“

TOPONOMASTIK: Verfassungsrichter verbieten rein ladinischen Gemeindenamen im Fassatal

ROM/BOZEN (lu). Eiskalte römische Dusche fürs Trentino, aber auch für Südtirol in der heiklen Toponomastikfrage: Das Verfassungsgericht in Rom hat den rein ladinischen Gemeindenamen „Sèn Jen di Fassa“, der in einem Regionalgesetz enthalten war, klipp und klar abgelehnt. Das entsprechende Urteil der Verfassungsrichter war am vergangenen Donnerstag hinterlegt worden und bekräftigt eine zweinamige Toponomastik ohne Wenn und Aber.



Karl Zeller: Problematisches Urteil.

DLife

Trentino mit seiner eigenen Situation“ betreffe und „zweitens die Frage nicht beantwortet wird, was zu tun ist, wenn es keinen italienischen Ortsnamen gibt“. „Und ich frage mich auch, was dann in Aosta passiert, müssen da dann italienische Ortsnamen erfunden werden?“, so Zellers Gegenfrage.

Wie dem auch sei, bestätigt er, „dass das Urteil natürlich problematisch ist, denn es wird einfach gesagt, dass irgendwo ein italienischer Namen sein muss, und das

wart, eine Toponomastiklösung dem Gericht zu überlassen. Deshalb wäre zu überlegen, das Landesgesetz von 2012, das einige Schwachpunkte hat, abzuschaffen, um einem negativen Urteil oder Bemerkungen zuvorzukommen – das wäre die Radikallösung; oder es abzuändern. Das Urteil ist ein Warnschuss für uns“, sagt Zeller. Zudem sei die Durchführungsbestimmung, die der Ex-PD-Mann Roberto Bizzo im März 2017 in der Sechserkommission versenkt hat-

Karl Zeller ist nicht irgendwer. Er hatte 1989 an der Universität Innsbruck über das Thema **„Die Eingriffsmöglichkeiten der römischen Zentralorgane in die autonome Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt des Landes**

Südtirol“ dissertiert und er hatte vier Jahre lang als **Assistent am Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen an der Universität Innsbruck** gewirkt. In seiner Stellungnahme in den „Dolomiten“ sagt Dr. Karl Zeller voraus, dass *„die Frage nicht beantwortet wird, was zu tun ist, wenn es keinen italienischen Ortsnamen gibt“*. Was werde nun im einsprachig-französischsprachigen Aosta passieren, fragt Zeller, *„müssen da dann italienische Ortsnamen erfunden werden?“*

Zeller sieht sogar die jetzige Landesgesetzgebung Südtirols gefährdet, mit welcher die deutschen und ladinischen Ortsnamen bestätigt wurden. Er ruft die Politik zur Wachsamkeit auf.

„Skandalös und beschämend“

Als skandalös und beschämend bezeichnet die **Süd-Tiroler Freiheit (STF)** das Urteil des italienischen Verfassungsgerichtshofes.

Der Verfassungsgerichtshof macht sich laut der Südtiroler Freiheit damit zum Vollstrecker des italienischen Nationalismus und führe Südtirol deutlich vor Augen, was man von Italien zu erwarten habe.

„Der Verfassungsgerichtshof stellt mit einer abgeschmackten Überheblichkeit die italienische Kultur über die anderen Kulturen und setzt sich nicht nur über wissenschaftliche Erkenntnisse hinweg, sondern ignoriert auch alle internationalen Empfehlungen im Umgang mit Ortsnamen in Minderheitengebieten. Das ist Sprachimperialismus in Reinform“, so der Ortsnamenexperte Cristian Kollmann.

Die Süd-Tiroler Freiheit sehe sich in ihrer Haltung bestätigt, dass nur eine Abschaffung der faschistischen Ortsnamendekrete zu einer Lösung der Ortsnamenfrage in Südtirol führen könne. Faschistische Ortsnamen seien laut der Süd-Tiroler Freiheit

demnach kein Kulturgut, sondern ein „Kulturverbrechen“.

Anmerkung des SID dazu: Das ist alles richtig. Es zeigt sich jedoch, dass es in der italienischen Politik parteiübergreifend einen breiten Konsens gibt, die behauptete „Italianita“ Südtirols weiterhin festzuschreiben.

Eine solche Einigkeit in Grundsatzfragen ist auf der Seite der österreichisch-tirolerischen Politik bislang noch nicht vorhanden. Hier ist zwischen den Parteien noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, bevor man hoffen kann, Rom wirksam unter Druck setzen zu können.